

Entwicklungspolitisches Forum

Flussgebiete: Lebensadern oder Krisenzonen? **Auf dem Weg zu einem besseren Wassermanagement.**Erfahrungsaustausch Europa - Südasien

13. März 2015

Wasser betrifft uns alle. Ohne Wasser ist kein Leben möglich. Genau aus diesem Grunde ist Wasser immer wieder Auslöser von Konflikten und Ursache zahlreicher Probleme.

Im Vorfeld des Weltwassertages griff die Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) diese Problematik auf und lud am Freitag, den 13. März 2015 zum dritten Entwicklungspolitischen Forum ein. Experten aus Deutschland, Indien und Bangladesch diskutierten vor dem zahlreich erschienenen und interessierten Publikum die Frage: Flussgebiete – Lebensadern oder Krisenzonen? Auf dem Weg zu einem besseren Wassermanagement.

Die öffentliche Debatte sollte aufzeigen, vor welchen Herausforderungen Europa und Südasien im Wassermanagement stehen und welche Bedeutung Wasser – als Faktor für Wachstum, Umwelt und Sicherheit – für die zukünftige Entwicklung hat.

In seiner Begrüßungsrede erläuterte Dr. Dietmar Ehm, stellvertretender Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit der HSS, warum sich die Hanns-Seidel-Stiftung mit dem Thema Wasser beschäftige. Eine Politische Stiftung baue keine Brunnen, Kläranlagen oder Wasserkraftwerke. Doch sei es Aufgabe nationaler und globaler Politik, für die Verteilung von und den gerechten Zugang zu Wasser zu sorgen. Somit sei das Thema auch für eine Politische Stiftung von immensem Interesse, insbesondere im Bereich der rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen. Der Wassersektor habe in vielen Ländern noch einen geringen Stellenwert. Die öffentliche Debatte sollte deshalb dazu beitragen, dieser Gleichgültigkeit entgegenzuwirken, das Publikum zu sensibilisieren und gleichzeitig neue Aspekte dieser Thematik vorzustellen.

Professor Dr. Martin Grambow, Leiter der Abteilung Wasserwirtschaft und Bodenschutz im *Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz*, skizzierte in seinem Einführungsvortrag zunächst die globale Situation der unterschätzten Schlüsselgröße Wasser. Wasser sei Lebensgrundlage und <u>die</u> zentrale Ressource. Qualitativ gutes Wasser werde jedoch weltweit knapp. Steigendes Bevölkerungswachstum und zunehmender Konsum belasteten die Wasserressourcen



immer stärker. Die Gewinnung von Bodenschätzen, industrielle Produktion und Landwirtschaft verschärften die Konkurrenz zwischen der Lebensgrundlage Wasser einerseits und der Entwicklung des Lebensstandards andererseits. Der Verteilungskampf habe, so Grambow, längst begonnen. In den am dichtesten besiedelten Gebieten der Erde würde dies bald zu kaum noch lösbaren Wassermengenund Wassergüteproblemen führen. Immer häufiger käme es zu Versorgungsengpässen und Schäden durch Naturkatastrophen wie Hochwasser oder Dürren. Noch gravierender sei der Einfluss der Schadstoffe auf die Weltmeere. Weltweit werde die Bedeutung von Wasser für die Stabilität von Gesellschaften

Weltweit werde die Bedeutung von Wasser für die Stabilität von Gesellschaften politisch unterschätzt.

Doch es gibt auch Positives zu berichten: Die EU geht mit der Umwelt- und insbesondere Wasserrichtlinie mit gutem Beispiel voran. China erklärte 2011 den Erhalt der Ressource Wasser zum obersten politischen Ziel. Indien hat 2014 mit seinem ambitionierten Ganges-Projekt Wasser zu einer politischen Kernfrage gemacht. Und die gute Nachricht lautet nach Grambow: "Die Wassermanagementprobleme sind lösbar! Wasserwirtschaft ist machbar." Es sei soviel Wasser vorhanden, um alle Menschen zu versorgen und deren Bedürfnisse zu decken. Es müsse "nur" vernünftig gemanagt beziehungsweise verteilt werden.

Wasser verbinde alle Menschen, alle Regionen und Nationen mit einander. Deshalb sei Wasser das politischste Medium überhaupt und stelle, wenn es knapp werde, eine der größten Herausforderungen für die Sicherheit dar. Einer der Hauptkonfliktstoffe dabei sei die Frage: Wer bekommt welche Wassermenge? Hier sei immer wieder Diplomatie und Verhandlungsgeschick der beteiligten Akteure gefragt.

Die abschließende Botschaft von Professor Grambow lautete: "Wassermanagement kann ziemlich einfach sein, wenn man es richtig macht. Es ist auch nicht mit ungeheuren Kosten verbunden. Wenn man es jedoch auf globaler Ebene nicht schafft, dies umzusetzen, kann dies fatale und nicht absehbare Folgen für alle haben."

Im Anschluss an den Vortrag skizzierten die drei weiteren Teilnehmer des Podiums in kurzen Statements die Wassersituation aus ihrer Perspektive. Sarfaraz Wahed, Abteilungsleiter Wasserressourcen am *Center for Environmental and Geographic Information Services* in Dhaka, Bangladesch, ging auf die Probleme im Kontext des Wassermanagements in seinem Land ein.

Obwohl mit dem Ganges-Delta das größte Flussdelta der Welt in Bangladesch in den Golf von Bengalen münde und das ganze Land von Flüssen durchzogen sei, sei verwertbares Wasser knapp für seine 145 Millionen Einwohner.

Er bezog sich auf die unterschiedlichen Auswirkungen der Jahreszeiten und die damit einhergehenden Probleme: Auf der einen Seite extreme Regenfälle, verbunden mit Überschwemmungen, Erosion der Flussufer, Versalzung des Bodens und der Staunässe, auf der anderen Seite die Trockenperiode, die unter anderem die Desertifikation begünstige oder die Menschen zwinge, mit Arsen vergiftetes Grundwasser zu fördern.

Dr. Uttam Kumar Sinha, Wissenschaftlicher Mitarbeiter *am Institute for Defense Studies and Analyses* in Neu Delhi, Indien, stellte fünf grundlegende Punkte zum Integrierten Wasserressourcenmanagement in Indien dar: Südasien sei eine Region, in



der sich die Länder die Ressourcen, insbesondere Wasserressourcen teilen müssten. Es gebe Abkommen, die die gemeinsame Nutzung der grenzüberschreitenden Flüsse regelten, wie etwa den Indus-Wasservertrag (1960) oder den Ganges-Vertrag zwischen Indien und Bangladesch (1996). Diese Abkommen seien jedoch noch nicht genug. Es müsse immer wieder neu geprüft werden, ob sie noch zeitgemäß und an die aktuellen Bedürfnisse angepasst seien. Darüber hinaus würden neue Abkommen für weitere Flüsse benötigt. Die internen Herausforderungen im Wassermanagement der südasiatischen Länder würden zunehmend mit externen Herausforderungen verbunden. Alle Länder müssten entsprechende Politiken entwickeln und implementieren, welche die Faktoren Wasser – Mensch – Entwicklung in Einklang brächten. Wasser verbinde alles miteinander und könne deshalb nicht isoliert, sondern nur in Zusammenhang mit Ernährungs- und Energiepolitik betrachtet werden. Ebenso müssten die Einflüsse des Klimawandels auf die Gletscher im Tibet und den Monsun in den regionalen Politiken berücksichtigt werden. Und schließlich gebe es eine neue Sicht auf die Ressource Wasser: Es werde dem Ökosystem entnommen und müsse auch wieder an dieses zurückgegeben werden.

Dr. Waltina Scheumann, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Umweltpolitik und Ressourcenmanagement am *Deutschen Institut für Entwicklungspolitik*, verwies darauf, dass die Ressource Wasser in vielen Regionen kaum Schutz durch die Politik genieße. Viele Länder sähen ausschließlich den Nutzen des Wassers. Sektorpolitiken stünden in ständiger Konkurrenz zueinander. Eines der Hauptprobleme beim Wassermanagement sei der Mensch selbst, sein Umgang mit dem kostbaren Gut. Betrachte man die Situation an grenzüberschreitenden Flüssen, müssten immer auch regional- und sicherheitspolitische Aspekte berücksichtigt werden. Das Konzept des *Benefit Sharing*, das im Kern besage, dass Anrainerstaaten internationaler Flüsse statt einer möglicherweise konfliktiven Aufteilung knapper Wasservorkommen stärker auf die gegenseitige Nutzengenerierung setzen sollten, komme laut Scheumann zu selten zur Anwendung. Die Bereitschaft der Staaten, sich gemeinsam an einen Tisch zu setzen, zu verhandeln und daraus resultierende Abkommen in nationale Politiken zu implementieren, sei Grundvoraussetzung für die Umsetzung des Konzepts.

Abschließend wies Dr. Scheumann darauf hin, dass der Einfluss der deutschen, aber auch der internationalen Entwicklungszusammenarbeit in diesem Bereich zurückgehe und verstärkt andere Akteure aufträten. In diesem Zusammenhang nannte sie China als momentan größten Staudammbauer in Afrika aber auch die Privatindustrie.

Die anschließende Podiumsdiskussion moderierte Dr. Daniel Karthe vom *Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung* in Magdeburg. Professor Grambow unterstrich in der Debatte erneut, dass der Wille der Länder ausschlaggebend sei, um die Probleme im Wassersektor anzugehen. Da jedoch in vielen Ländern keine so starken staatlichen Institutionen vorhanden seien wie in Europa, so Scheumann, fehle es oft an Kontrollund Umsetzungsmöglichkeiten.

Dr. Sinha betonte, dass es in Südasien genug Wasser zur Deckung des Bedarfs gebe, wenn dieses vernünftig gemanagt würde. Es müssten dafür jedoch neue Mechanismen der Wasserverwaltung entwickelt werden. Ein großes Problem stelle dabei die



Wasserqualität dar: der Ganges sei einer der am stärksten verschmutzten Flüsse weltweit. Es sei Aufgabe der Politik, den Menschen deutlich zu machen, dass sie verantwortungsvoller mit der Ressource umgehen müssten. Sinha zeigte sich hoffnungsvoll, dass in absehbarer Zeit Verbesserungen vorzuweisen seien, räumte aber ein, dass die schlechte Wasserqualität auch negative Auswirkungen auf den Nachbarstaat Bangladesch habe, wo allein 54 Flüsse aus Indien kämen. Jedoch stelle die Wasserquantität, sprich die Knappheit der Ressource in der Trockenperiode, ein weitaus größeres Problem dar, ergänzte Wahed. Bangladesch sei noch nicht so weit wie Indien in seinen Bestrebungen, um die Flüsse zu reinigen, könne jedoch viel aus den indischen und auch europäischen Erfahrungen lernen.

Dr. Scheumann führte aus, was aus deutscher Sicht zur Verbesserung der Wassersituation in Südasien beigetragen werden könne. Es stünden zahlreiche Instrumente zur Verfügung, sowohl beim Grundwassermanagement, bei internationalen Flusssystemen als auch zur Unterstützung von Wassersektorreformen.

Professor Grambow führte einen weiteren hemmenden Aspekt bezüglich der Weiterentwicklung in Bangladesch auf, der ebenfalls negative Auswirkungen auf den Wassersektor habe: Einige europäische Firmen, insbesondere aus dem Textilbereich, die in Ländern wie Bangladesch unter miserablen Bedingungen produzieren ließen. Europa sei hier gefordert, um dem entgegenzuwirken.

Das Publikum stellte die Frage, wie man solche Textilunternehmen dazu bringen könne, sowohl auf die Einhaltung von Umweltstandards als auch auf die faire Behandlung ihrer Mitarbeiter zu achten. Eine Möglichkeit, so Scheumann, seien sogenannte Ökolabels, wie etwa der Wasserfußabdruck, aus dem ablesbar sei, wie viel Wasser für die Herstellung eines bestimmten Produkts aufgewendet wurde. Ebenso gebe es Labels für Sozialstandards. Sie stellten eine Möglichkeit dar, um diejenigen Firmen auszuzeichnen, die sich an die Standards hielten. Dann sei das Konsumverhalten und Verantwortungsgefühl der Konsumenten gefragt. Dr. Sinha unterstrich, dass die Sanktionsmöglichkeiten bei Nichtbeachtung der vereinbarten Standards ausbebaut werden müssten. Auch hier sei wiederum grenzüberschreitende Kooperation und regionale Verantwortung gefragt.

Ein weiterer Teilnehmer aus dem Plenum stellte die Frage, ob nicht stärker auf die Entsalzung von Meerwasser gesetzt werden könnte, um den Wasserengpässen in Südasien zu begegnen. Unter den Diskussionsteilnehmern herrschte Konsens darüber, dass dies nicht möglich sei. Laut Professor Grambow könne zwar für den Trinkwasserbedarf ausreichend Wasser entsalzt werden, für Industrie, Energiegewinnung und Landwirtschaft sei dies jedoch nicht machbar. Dr. Sinha bekräftigte Grambows Aussage. Es sei nicht zielführend, sich neue Probleme zu schaffen, wenn es einfachere Lösungen für die bereits bestehenden Herausforderungen gebe.

Eine weitere Frage bezog sich auf das Thema Landwirtschaft. Wie könne verhindert werden, dass landwirtschaftliche Produkte wasserintensiv in Regionen angebaut würden, in denen Wasser knapp sei? In erster Linie seien die Staaten selbst gefragt, ihre Wasservorräte verantwortungsvoll zu verwalten, so Grambow. Jedoch liege ein



Teil der Verantwortung auch bei Europa, da es einer der größten Abnehmer dieser Produkte sei.

Abschließend führten die Experten aus Südasien noch einige positive Beispiele auf, wie ihre Länder Umweltproblemen begegneten: Bangladesch nutzt etwa im Südwesten Technologie und die Kraft der Gezeiten, um Landflächen dauerhaft durch die Ablagerung von Sedimenten anzuheben und so vor den Auswirkungen des Klimawandels im Sinne von Überschwemmungen besser zu schützen. Gleichzeitig schützt diese Vorgehensweise Flussbetten vor der Ablagerung von Sedimenten und möglichen Stauungen. Indien setzt zunehmend auf erneuerbare Energien, es werden politische Investitionen getätigt und integrierte Politikansätze nach und nach durchgesetzt.

Die Entwicklungen in Europa und Deutschland seien mit den europäischen Richtlinien als Grundlage durchaus positiv, betonte Grambow. Darüber hinaus seien zahlreiche europäische Akteure weltweit im Wassersektor aktiv und verfolgten das Ziel, positive Erfahrungen und Lösungsansätze in andere Länder zu exportieren. Das große Interesse, welches sich auch in dieser Veranstaltung widerspiegele, müsse aufrecht erhalten werden, um die Menschen weiter zu sensibilisieren und eine Multiplikatorenwirkung zu entfalten. Viele Herausforderungen konnten bereits weitgehend gelöst werden, aber es lägen auch noch zahlreiche Aufgaben vor uns.

Das Entwicklungspolitische Forum ist eine gemeinsame Konferenz der Akademie für Politik und Zeitgeschehen und des Instituts für Internationale Zusammenarbeit. Im Vorfeld der Veranstaltung erschien die neueste Ausgabe der Publikation Argumente und Materialien der Entwicklungszusammenarbeit mit dem Titel "Wasser – Kooperationen und Konflikte um die Ressource der Zukunft", in welcher einige unserer Mitarbeiter im Ausland aus der Sicht ihrer jeweiligen Projektländer berichten.

Auch in Brüssel fand eine Veranstaltung zum Thema Wasser statt, um weitere Synergien zu erzeugen. Am 10. März tauschten sich unsere südasiatischen Partner und EU-Vertreter im Rahmen eines Runden Tisches mit ca. 40 Teilnehmern zum Thema "Water: Source of Conflict and Promoter of Cooperation? Water Management in South Asia and Europe" aus.

Birgit Burkhardt

Referat Grundsatzfragen, Institut für Internationale Zusammenarbeit

IMPRESSUM

Erstellt: 13. März 2015

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2015

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.,

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Dr. Susanne Luther, Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359 E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de